

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Auer, Auer, Erzgebirge. Druck: Auer, Erzgebirge.

Preis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. ...

Abdruckpreis: Die Abdruckpreise für Anzeigen sind ...

№. 257.

Donnerstag, den 4. November 1920.

15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichseisenbahnen haben am Oktober eine Mindereinnahme von 8,9 Milliarden Mark, die Reichspost hat eine solche von 1,7 Milliarden Mark aufzuweisen.

Die Daily News melden, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien voraussichtlich im letzten Drittel des Monats März 1921 vorgenommen wird.

Der Vaterland bringt Mitteilungen über den Verkauf deutscher Wiedergutmachungskohle durch Frankreich, das gar nicht wisse, wofür es mit der Kohle solle und sagt, aus dieser ganzen Sache ergebe sich, wie ungerne die Deutschen in Spa auserlebte Kohlenlieferung sei.

Obwohl in Amerika der republikanische Sieg erwartet wurde, ist doch die von Harding erzielte Mehrheit überraschend. Der Kongress wird vollständig republikanisch sein.

Die Bedeutung der sächsischen Wahlen.

Von Oberbürgermeister Dr. Rühl, Jittau, M. d. St.
Am 14. November 1920 wird der Freistaat Sachsen seinen ersten ordentlichen Landtag wählen. Die aus der Revolutionszeit hervorgegangene Volkskammer beendet in diesen Tagen ihre Arbeit. Sie hat manches gute Werk vollendet und eine Verfassung verabschiedet, die den demokratischen Gedanken in fast noch reinerer Form verwirklicht als die Reichsverfassung. Manche dringende Aufgabe hat die Volkskammer freilich auch ungelöst lassen müssen, und so wird sich der neu gewählte Landtag sehr bald vor gesetzgeberische Aufgaben von ausgiebiger Bedeutung gestellt sehen. Beansprucht schon aus diesem Grunde die bevorstehende Wahl eine erhöhte Bedeutung, so gilt dies noch viel mehr im Hinblick darauf, daß bei diesen Wahlen die Frage entscheiden werden wird, ob künftig eine rein sozialdemokratische Regierung am Ruder kommen soll, oder ob sich die bisherige Koalition zwischen Mehrheitssozialdemokratie und deutscher Demokratischer Partei aufrecht erhalten lassen wird. Die Mehrheit der Wähler wird aller Voraussicht nach auch dieses Mal wieder sozialdemokratisch wählen, so daß nach wie vor in der Volksvertretung Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen die ziffernmäßige Mehrheit haben werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat es seinerzeit abgelehnt, mit der Mehrheitssozialdemokratie in einer Regierung zu bleiben. Um die Regierung auf eine breitere und tragfähigere Grundlage zu stellen, hat sich darauf die Demokratie bereit finden lassen, die Regierungsverantwortung mit zu übernehmen und hat das Kultusministerium und das Finanzministerium besetzt.

Man muß sagen, daß diese Mitwirkung der Demokratie von vorteilhaftem Einfluß auf die Lösung zahlreicher gesetzgeberischer Aufgaben gewesen ist. Das Zusammenarbeiten mit der Mehrheitssozialdemokratie hat sich im allgemeinen reibungslos vollzogen; auch als politischer Gegner wird man den sozialdemokratischen Ministern die Anerkennung zuteil werden lassen, daß sie mit starkem Verantwortlichkeitsgefühl und selbst auf die Gefahr hin, zuweilen unpopuläre Maßnahmen durchzuführen zu müssen, die Regierungsgeschäfte geführt haben. Persönlichkeiten wie der frühere Ministerpräsident Dr. Gradnauer, der jetzige Ministerpräsident Buch, der frühere Minister des Innern Ullrich und der jetzige Minister des Innern Kühn nötigen auch dem politisch anders Denkenden Achtung ab, und es ist noch unvergessen, daß der Kriegsminister Neuring unter Würdigung ein qualvolles Ende fand, weil seine lokale Durchführung reichsrechtlicher Vorschriften eine fanatisierte Masse gegen ihn auf den Plan gerufen hatte. Auch die anderen sozialdemokratischen Minister setzten sich im allgemeinen den Aufgaben ihrer Ressorts gewachsen. Ob man von einer Regierung, in der die Unabhängige Sozialdemokratie vertreten sein würde, das gleiche sagen könnte, ist zum mindesten zweifelhaft. Zwar hat sich die sächsische Unabhängige Sozialdemokratie in ihrer überwiegenden Mehrheit tatsächlich unabhängig verhalten und sich nicht dem Sklavensoch des moskowsischen Bolschewismus gebeugt. Aber an Radikalität fehlt es ihr trotzdem keineswegs, im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß eine Regierung aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen sehr bald die Tonart anschlagen würde, die aus dem unabhängigen Bayer sonst herausging. Eine gesunde und ungestörte Entwicklung der Politik und Wirtschaft Sachsens erfordert mit größter Notwendigkeit, daß die Demokratie aus den Landtagswahlen in einer Stärke hervorgeht, die sie zum regierungsbildenden Faktor befähigt. Das Land steht vor einer großen Fülle weittragender organisatorischer gesetzgeberischer Aufgaben, bei deren Lösung es ganz wesentlich darauf ankommt, daß sie nicht in rein sozialdemokratischer Weise gesehen. Eine neue Gemeinbewerfassung ist in Vorbereitung. Es bedarf ferner einer Neuordnung, daß der Ausbau dieser Gemeinbewer-

fassung vollkommen anders aussehen wird, wenn er allein von einer sozialdemokratischen Regierung bewirkt und von einer sozialdemokratischen Landtagsmehrheit zum Gesetz erhoben würde, als wenn Mitträger dieser neuen Ordnung auch die Deutsche Demokratische Partei sein könnte. Das gleiche gilt von der großen Anzahl anderer Gesetze, die der Erledigung harren. Auf dem Gebiete des Schulwesens sind die Dinge vollkommen im Fluß. Wohl hat ein Ubergangsgesetz auf vielen Gebieten beachtenswerte Fortschritte gemacht, aber eine organisatorische Neuordnung der Grundlage des Volksschulgesetzes steht noch aus. Das ganze Berufsschulwesen entbehrt noch jeder neuzeitlichen Ordnung, und die Frage des Religionsunterrichts in der Volksschule liegt in keinem Staate nach der tatsächlichen und rechtlichen Seite so verworren wie in Sachsen. Eine zufriedenstellende Lösung dieser Probleme kann nur erreicht werden, wenn die dazu nötigen Gesetze von der Verantwortung viel breiterer Schichten der Bevölkerung getragen werden, als es bei einer sozialistischen Mehrheit denkbar ist.

Die finanzwirtschaftliche Entwicklung Sachsens steht im allgemeinen noch auf wenig erschütterter Grundlage. Auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues ist der Staat in erheblichem Umfange zur eigenen Bewirtschaftung geschritten. Die weitere Entwicklung dieser Wirtschaftsform würde naturgemäß bei einer rein sozialistischen Regierung in ganz andere Bahnen gelenkt werden, als dies bei Aufrechterhaltung der jetzigen Wirtschaftspolitik der Fall sein kann. Im Interesse der Stetigkeit der finanzwirtschaftlichen Entwicklung würde eine Unterbrechung dieser Politik doppelt zu beklagen sein. Vor allem aber würde aus allgemein politischen Rücksichten eine rein sozialistische Regierung in Sachsen auf die Dauer unerwünscht sein, sie würde allein nicht in der Lage sein, die Gegensätze von rechts und links zu überbrücken, sondern sie würde diese Gegensätze naturgemäß verschärfen und vertiefen. Das gleiche würde gelten, wenn eine Regierung am Ruder wäre in der die sozialdemokratische Partei überhaupt nicht beteiligt wäre. Es mag manche geben, die diesen Zustand für möglich halten; aber für politische ernsthafte Leute ist es ohne weiteres klar, daß in einem Staate wie Sachsen mit seiner stark industriellen Entwicklung und seiner überwiegenen Arbeiterbevölkerung es nicht möglich ist, die Sozialdemokratie von der Regierung fernzuhalten. Eine Entspannung der nervösen Stimmung der Arbeiterschaft ist schwerlich denkbar, wenn sie nicht die Partei, die sie als ihre Vertretung betrachtet, in der Regierung weiß. Bei der schweren wirtschaftlichen Erschütterung, der gerade Sachsen als Industriestaat ausgesetzt ist, muß es besonders darauf ankommen, eine Politik des Ausgleichs und der sozialen Versöhnung zu treiben. Das ist aber nur denkbar, wenn diese Politik mitbestimmenderweise durch die Deutsche Demokratische Partei beeinflusst werden kann. Es ist zu hoffen, daß die Wählerschaft die ausschlaggebende Stellung der Demokratie im Hinblick auf die bevorstehende Regierungsbildung erkennen und entsprechend handeln wird.

Was geht in Bayern vor?

Wahrscheinlichste Voraussicht.

Die Frage des Fortbestehens oder auch nur der Entlassung der Einwohnerwehren hat in der Öffentlichkeit Münchens eine starke Spannung hervorgerufen, die sich in den abenteuerlichsten Gerüchten Luft macht. Der zufällige Umstand, daß am Allerheiligentage von der Münchener Garnison ein Trauerportierdienst für die Gefallenen veranstaltet wurde, an dem mehrere Prinzen des ehemaligen Königshauses in ihrer hohen Offiziersuniform teilnahmen, hat dazu geführt, daß man sich geheimnisvoll erzählt, Kronprinz Rupprecht habe seit Dienstag seinen Wohnsitz wieder in München aufgeschlagen, da man bei dem bevorstehenden Ereignissen keine Gegenwart bringende brauche. Der Kuriosität halber sei weiter vermeldet, daß Gerücht, daß Wien zur Hauptstadt des deutschen Donauraumes und zur Residenz des Königs aus dem Wittelsbacher Hause bestimmt sei. Andere erzählen mit Bonneschauer, daß in einer Schule von den Lehrerinnen mit den Kindern bereits die hymnen eingeleitet würden, mit denen noch im Laufe dieser Woche die Schulfugend beim Empfang am Bahnhof dem spanischen Jubel der Bevölkerung Ausdruck verleihen soll.

Anders sind die Mährern, auf denen diese Gerüchte geschlichen kommen, so leicht zu verfolgen — eine davon führt zurück zu einem unglücklichen Zeitartikel des Bayerischen Königsboten, — daß man auf eine solche bayerische Kapnpabe wohl noch einige Zeit warten kann. Allerdings wird niemand, der die Verhältnisse in München beobachtet, alle diese Gerüchte ganz aus der Luft gegriffen finden können. Es ist heutzutage, daß maßgebende Münchener Zeitungen sich nicht genug tun können in scharfer Frontstellung gegen die Reichsregierung, obgleich sie wissen müssen, daß diese wahrhaftig nicht aus eigenem Antrieb handelt. In der Münchener Zeitung wird ein Artikel des Ministerialdirektors v. Stöckhammern zitiert, in dem es heißt: Das Bundesgesetz vom September, so sehr es das bayerische Herz erfreuen möchte und möchte, war eine Maßnahme

sondergleichen. Das bayerische Volk warte sich nicht wundern, wenn ihm aus dieser allzu treuherzigen Bindung seines neu erwachenden Willens, und national empfundenen noch ernste Schwierigkeiten erwachsen. — Dazu bemerkt das Blatt: Wenn Frankreich die Befestigung des Ruhrgebietes ernsthaft wolle, werde das Nichtstattfinden bayerischer Einwohnerwehrenverabreichungen es davon nicht abbringen, es werde einen anderen geeigneten Vorwand dafür finden. — Besonders bedauerlich wäre es, wenn der Streit um die bayerischen Einwohnerwehren künftig vornehmlich von dem innerpolitischen Standpunkt aus ausgedrückt werden sollte, wofür leider Anzeichen vorhanden sind. Der Vorwärts hat vor einigen Tagen die Hoffnung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die bayerische mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der verfallenen Verpflichtungen hinwirken werde und Meibete dies in Bemerkungen über die bayerische Reaktion ein. Das entsprechende Echo in der bayerischen Presse verhielt sich nur den inneren Streit, ohne in der Sache irgend welchen Nutzen zu bringen. Nach der Münch. Ztg. ist es nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen Ministerpräsident Dr. v. Kahr im Zusammenhang mit der Note der Entente zur Frage der Einwohnerwehren nach Berlin reist.

Die Geschicke der Bayerischen Königspartei.

Die christlich-sozialen Partei, die in Bayern im Gegensatz zu der herrschenden Richtung die unparteiischen Kreise des Zentrums organisieren will, bringt in ihrem Würtzburger Organ Das neue Volk Enthüllungen über den rollenden Franken in Bayern. Es wird darin erzählt, der Gründer der Bayerischen Königspartei, Maher, Koh, habe von dem Delegierten der französischen Kleinlandkommission in Speyer, General Kemmer, Geld für die Königspartei erbeten. An diesen Unterhandlungen habe sich auch Graf Balthasar beteiligt, von dem das christlich-soziale Blatt in der deutlichen Absicht, dem Abgeordneten Heim etwas am Heug zu liden, hervorhebt, daß er damals noch stramm in der Bayerischen Volkspartei gewirkt habe. Balthasar habe, bald nach der Unternehmung mit General Kemmer sein Buch veröffentlicht, Bayern den Bayern, dessen Druck allein 14 Mark pro Exemplar gekostet habe, während der Verkaufspreis nur 3.50 Mark betrug. Das frühere bayerische Königshaus stehe übrigens der Angelegenheit wie der Königspartei selbst fern.

Hardings glänzender Sieg.

Stand es diesmal von vornherein fest, daß der republikanische Kandidat Harding auf jeden Fall das Feld behaupten würde, so hat der Ausgang der Wahl gleichwohl etwas Überraschendes insofern an sich, als Harding mit einer ganz außerordentlichen, in solchem Umfange selbst von seiner eigenen Partei nicht erwarteten Mehrheit durchs Ziel gegangen ist. Außer den im Auer Tageblatt bereits gefeiert veröffentlichten Meldungen über den Wahlausgang liegt heute noch folgender zusammenfassender kurzer Bericht aus Boston vor:

Die amerikanische Präsidentenwahl hat mit einem glänzenden Siege des Republikaners Harding geendet. Er hat über 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. An der New Yorker Weltbörse wurde sein Sieg sogar mit 93:1 bewertet — ein noch nie dagewesener Rekord für einen Präsidentenwahlkandidaten. Aus den westlichen Staaten fehlen die Ergebnisse zur Stunde noch, doch dürfte sich auch dadurch das Gesamtergebn nur wenig verändern. Den Ausschlag bei der Wahl dürften die Frauen gegeben haben, die in Amerika zum ersten Male von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten und bei denen namentlich das energische Eintreten der Republikaner für das Antialkoholgesetz entscheidend gewesen sein soll. Von der kommunistischen Partei waren in New York zahlreiche Plakate angeheftet worden, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, die für sie wertlose Präsidentenwahl durch einen Streik zu sabotieren.

Weiter meldet Telegraf aus London: In den östlichen Staaten ist die Mehrheit Hardings sehr groß. In Boston, wo gewöhnlich demokratisch gewählt wird, hat Harding die Mehrheit. Im Staate New York dürfte die republikanische Mehrheit übermäßig sein. Man schätzt sie auf mindestens eine Million Stimmen. Die republikanische Mehrheit in Pennsylvania wird auf 800 000, in Massachusetts auf 200 000 geschätzt. In Bridgeport in Connecticut erhöhte sich die Mehrheit für die Republikaner, die im Jahre 1916 noch 1000 betrug, auf 10 000. Kentucky und Tennessee liegen in der Hand der Demokraten. — Und schließlich wird aus Boston gemeldet: Die republikanischen Wähler schätzen die für Harding erreichte Mehrheit auf 400 000 Stimmen. Nach New Yorker Meldungen werden die eingelaufenen Wahlergebnisse darauf hin, daß Harding eine bisher noch nicht dagewesene Mehrheit erzielt habe.

Das Ergebnis der Wahl bedeutet eine wahrhaft geträumternde Niederlage des Wilsonismus. Nicht wie sonst ist in der diesmaligen Wahlbewegung das inner- und außenpolitische Programm — Plattform sagt man in Amerika — der beiden Parteien in allen Einzelheiten Gegenstand des Kampfes gewesen, sondern es drehte sich alles um eine einzige Hauptfrage.